

**Geschäftsführung
Rechnungsprüfungsausschuss**

Frau Riemer

Telefon: (0221) 221-23124

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: dagmar.riemer@stadt-koeln.de

Datum: 12.05.2015

Niederschrift

über die **4. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 19.03.2015, 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Frau Monika Möller	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Gerrit Krupp	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Herr Reinhard Houben	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
--------------------	-----

Verwaltung

Frau Katia Baudin	4511
Herr Dr. Lothar Becker	301
Frau Beigeordnete Ute Berg	Dez. III
Herr Peter Brenner	532-1
Herr Angela Coenen	4511
Herr Johannes Feyrer	37
Herr Dr. Matthias Hamann	4522

Herr Manfred Heimann	
Herr Klaus Heller	
Herr Hans-Jochen Hemsing	
Philipp Hessemer	371-V
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	Dez. II
Herr Dieter Kruse	122
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dez. VII
Herr Dr, Christian Leesmeister	301
Herr Klaus Linz	4522
Herr Gerd Neweling	69
Herr Hans-Jürgen Petry	01-03
Herr Richard Reischl	Dez. II
Frau Petra Rinnenburger	26
Herr Bernd Rosenberger	370
Melanie Scheiba	530-2
Walter Schenk	371-1
Herr Patrick Schmeing	47
Barbara Schneider	
Herr Dirk Siermann	112-3
Herr Rainer Straub	
Herr Reiner Ströbelt	236
Herr Markus Thiede	121-3
Herr Michael Troost	VII-4
Frau Miriam Von der Burg	301-1
Herr Patrick Wasserbauer	46
Herr Stefan Welzel	271

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden.

Er eröffnet die Sitzung und weist auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung hin:

- 2.1 Brandschau in Porz-Finkenbergr
Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 8.1
Nachfrage von Frau Möller
0541/2015

- 2.2 Verfahren bei nicht genehmigten Nachunternehmern
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 10.4
Nachfrage von Herrn Brust und Herrn Detjen
0746/2015
Tischvorlage

- 3.1.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.)
Stellungnahme zu dem Antrag TOP 3.1
0762/2015
Tischvorlage

- 9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht Januar 2015
0699/2015

- 9.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht Februar 2015
0728/2015

- 9.4 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Rechnungsprüfungsausschusses 29.01.2015. TOP 9.1
Nachfrage von Frau Oedingen
0602/2015

- 10.1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Rechnungsprüfungsausschusses 29.01.2015, TOP 9.1
Nachfrage von Frau Oedingen
0606/2015

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**

- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 2.1 Brandschau in Porz-Finkenbergr
Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 8.1
Nachfrage von Frau Möller
0541/2015

- 2.2 Verfahren bei nicht genehmigten Nachunternehmern
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 10.4
Nachfrage von Herrn Brust und Herrn Detjen
0746/2015

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.) Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP
AN/0308/2015

3.1.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.)
Stellungnahme zu dem Antrag TOP 3.1
0762/2015

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

6 Mitteilungen

6.1 Interkommunaler Kennzahlenvergleich - Berufsfeuerwehren
Rechnungsprüfungsausschuss 06.06.2013, TOP 2.1
2732/2014

6.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2014
3832/2014

6.3 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe
Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2014
3833/2014

6.4 Einführung eines Vertragsmanagements für die Stadtverwaltung Köln
Rechnungsprüfungsausschuss 13.03.2014, TOP 2.2
0652/2015

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

8 Anfragen

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 9.1
Anfrage von Frau Oedingen, Herrn Brust und Herrn Detjen
0167/2015

- 9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht Januar 2015
0699/2015
- 9.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht Februar 2015
0728/2015
- 9.4 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Rechnungsprüfungsausschusses 29.01.2015, TOP 9.1
Nachfrage von Frau Oedingen
0602/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Brandschau in Porz-Finkenberg Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 8.1 Nachfrage von Frau Möller 0541/2015

Frau Möller bedankt sich für die Mitteilung. Sie stellt jedoch fest, dass einige Mängel noch nicht behoben worden seien und verweist beispielhaft auf das Haus Konrad-Adenauer Str. 43. Hier sei die Sicherstellung des 2. Rettungsweges noch nicht endgültig umgesetzt. Nach Erledigung aller Maßnahmen in Porz-Finkenberg bittet sie um Vorlage eines Abschlussberichtes.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Verfahren bei nicht genehmigten Nachunternehmern Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 10.4 Nachfrage von Herrn Brust und Herrn Detjen 0746/2015

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.) Gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP AN/0308/2015

TOP 3.1 wird zusammen mit TOP 3.1.1 erörtert.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Stellungnahme zu dem Antrag (TOP 3.1.1) vorab zur Kenntnis.

Herr Detjen weist darauf hin, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit der Thematik „Einsatz externer Beschäftigter“ bereits seit mehr als 10 Jahre beschäftige. Er begrüßt ausdrücklich, dass inzwischen erkennbare Handeln der Verwaltung, durch das in der Vergangenheit z. B. auch Einsparungen erzielt worden seien. Dem Rechnungsprüfungsausschuss habe zuletzt im November 2014 eine Liste über externe Beauftragungen vorgelegen. In diesem Zusammenhang sei deutlich geworden, dass weiterhin ein großer Handlungsbedarf bestehe. Durch den gemeinsamen Antrag der

Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP solle die Verwaltung unterstützt und gleichzeitig bei einem erforderlichen Veränderungsprozess begleitet werden. Der geforderte Jahresbericht diene nicht nur dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Rechnungsprüfungsamt. Vielmehr sei er als Grundlage der gesamten Verwaltung für ein weiteres, aktives Handeln unabdingbar. Eine von der Verwaltung in der Stellungnahme zu dem Antrag geforderte Beschlussfassung in den Haushaltsplanberatungen werde nicht als zielführend betrachtet.

Frau Möller stellt vergangene Erfolge durch getätigte make-or-buy Vergleiche heraus. Sie macht jedoch gleichzeitig deutlich, dass die angeforderte Berichterstattung einer Bewusstmachung und Sensibilisierung der Verwaltung diene. Sie gehe davon aus, dass haushaltsrelevante Aspekte des gemeinsamen Antrages ohnehin in die Haushaltsplanberatungen einfließen werden.

Herr Hemsing unterstützt den vorliegenden Antrag. Ein Controlling-Bericht über den Einsatz externer Beschäftigter sei auch weiterhin erforderlich. Dies auch mit der Zielführung, Lösungsansätze durch Transparenz und Bewusstmachung der bestehenden Problematik zu erarbeiten. In der Konsequenz könne Geld eingespart werden und bei Personalzusetzungen der Sachmittelbereich reduziert werden. Da sich die geforderte jährliche Berichterstattung nunmehr auf 8 relevante Ämter, statt bisher 27 Ämter, beschränke, sei der für die Verwaltung notwendige Aufwand der Berichterstellung im Vergleich zur den Vorjahren reduziert.

Herr Hemsing erläutert beispielhaft zur Notwendigkeit eines Controllings eine dem Rechnungsprüfungsamt aktuell vorliegende Bedarfsprüfung - Verlängerung eines seit drei Jahren bestehenden Rahmenvertrages im Bereich Informationsverarbeitung, Betreuung des Internets. Der dreijährige Rahmenvertrag habe ein Volumen von 660.000 Euro und betreffe 750 Personentage. Der geltend gemachte Bedarf sei grundsätzlich unstrittig. Dennoch sei standardmäßig zu prüfen, ob der externe Einkauf der Beraterleistung mit 900 Euro/Tag alternativlos sei.

Der vorliegende Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP solle in der vorliegenden Form beschlossen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert:

- für die Ämter 26, 52, 56, 61, 66, 67, 69 mit überwiegenden Beauftragungen im Ingenieur- und Planungsbereich sowie
- für 12

weiterhin jährlich in einem zusammenfassenden Jahresbericht darzustellen, welche externen Beauftragungen ab einem Wert von 10.000 Euro erfolgten.

Über die Auftragssummen, die Anzahl der Vorgänge und den Stand der ggf. eingeleiteten personalstrategischen Maßnahmen (z. B. Ergebnis make-or-buy) ist ämterbezogen zu berichten. Stellenzusetzungen und deren eventuellen Gegenfinanzierungen über Einsparungen im Sachkostenbereich sind zu beziffern und zu erläutern. Auch hinsichtlich der konkreten Stellenbesetzungen bzw. der freien Stellen und den sich zu dieser eventuellen Problematik ergebenden Lösungsansätzen ist zu berichten.

Sofern sich verstärkt externe Beauftragungen auch in anderen Bereichen ergeben, sind diese ebenfalls in die Berichterstattung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.1.1 Einsatz externer Beschäftigter (externe Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten, Befragungen usw.) Stellungnahme zu dem Antrag TOP 3.1 0762/2015

Top 3.1.1 wird zusammen mit TOP 3.1 erörtert.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anfragen gestellt.

5 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

6 Mitteilungen

6.1 Interkommunaler Kennzahlenvergleich - Berufsfeuerwehren Rechnungsprüfungsausschuss 06.06.2013, TOP 2.1 2732/2014

Herr Kaske erkundigt sich, welche Berufsfeuerwehren miteinander verglichen worden seien. Er weist zudem auf die in Köln zahlreich bestehenden Werkfeuerwehren hin und vermisst eine entsprechende Darstellung in der Berichterstattung.

Herr Dr. Unna greift diese Thematik auf. Soweit ihm bekannt, seien rund 1.000 hauptberufliche Werkfeuerwehrleute im Stadtgebiet Köln beschäftigt. Die vorliegende Mitteilung nehme hierauf keinen Bezug. Er betont ausdrücklich die gute und vorbildliche Zusammenarbeit der freiwilligen- und der Berufsfeuerwehr in Köln.

Frau Möller bittet die im Bericht erwähnten „örtliche Rahmenbedingungen“ zu erläutern.

Der Fachbegriff „Gefahrenabwehrfunktion“ solle lt. Herrn Detjen näher dargestellt werden.

Herr Feyrer weist darauf hin, dass das Zahlenmaterial vertraulich zu behandeln sei und die Namen der besagten Vergleichsstädte daher im öffentlichen Teil der Sitzung nicht benannt werden könnten. Werkfeuerwehren müssten in Betrieben mit besonderen Risiken vorgehalten werden. Sie seien zunächst für den Erstzugriff innerhalb des jeweiligen Betriebes zuständig. Erst wenn ein Ereignis Auswirkungen über die Werkgrenzen hinaus zeige, sei die Arbeit der öffentlichen Feuerwehr gefragt. Ebenso verhalte es sich, falls die Werkfeuerwehren den Störfall innerhalb des Werkes nicht alleine bewältigen könnten.

Kennzahlen im Zusammenhang mit den Werkfeuerwehren würden nachgereicht.

Die örtlichen Rahmenbedingungen der Feuerwehren im Zuge ihrer kommunalen Aufgabenstellung würden sich lt. Ausführungen von Herrn Feyrer entsprechend der Landesgesetzgebung von Bundesland zu Bundesland unterscheiden. Des Weiteren gäbe es unterschiedliche Einsatzkonzepte, Einbindungen usw. In der Konsequenz könne kein einheitlicher Maßstab definiert werden. Der Begriff „Gefahrenabwehrfunktion“ definiere, wie viele Personen der Feuerwehr 24 Stunden täglich über das gesamten Jahr im Dienst seien.

Herr Brust erkundigt sich nach eventuell bestehenden Abkommen, wonach die Werkfeuerwehren auch zur Entlastung der Berufsfeuerwehren aushelfen könnten. Er vermisst in der Mitteilung Angaben zu der entscheidenden Kennzahl, nämlich über die Kosten der einzelnen Feuerwehren.

Herr Feyrer erläutert, dass die Betriebsgenehmigung bestimmter Unternehmen davon abhängen, ob eine Werkfeuerwehr vorgehalten werde. Aus diesem Grund könnten die Werkfeuerwehren die Berufsfeuerwehr nicht unterstützen. Sofern in Einzelfällen bestimmtes Spezialequipment, welches die Berufsfeuerwehr Köln nicht vorhalte, benötigt werde (z. B. Abfackelanlage für Flüssiggas), könne eine Unterstützung durch Kollegen der Werkfeuerwehren im Rahmen des Transportunfallinformationssystems erfolgen. Im Grundsatz, d. h. Brandbekämpfung Löschzug, sei eine Unterstützung durch Werkfeuerwerken ausgeschlossen und nicht statthaft.

Kennzahlen zu den Kosten der Feuerwehren würden nachgereicht. Herr Feyrer gibt jedoch zu bedenken, dass die Zahlen nahezu keine Aussagekraft aufwiesen, da die Randbedingungen der einzelnen Feuerwehren zu unterschiedlich seien. Er verweist darauf, dass z. B. die Feuerwehren von Stadtstaaten auch Landesaufgaben wahrnehmen würden (z. B. Betrieb einer Landesfeuerweherschule). Köln habe eine kommunale Feuer- und Rettungsdienstschule. Eine Bezugsbasis sei aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit nicht zu ermitteln. Zu dieser Erkenntnis sei auch bereits das Rechnungsprüfungsamt gekommen.

Auch im Rahmen des Brandschutzbedarfsplanes könne lt. Herrn Detjen über die Frage der Kosten konkret diskutiert werden.

Herr Erkelenz bittet um Darstellung der Überstunden bei der Feuerwehr.

Im Brandschutzbedarfsplan werde nach Ausführungen von Herrn Feyrer die Anpassung des Personalfaktors beschrieben. Da für die gesetzlich zu gewährende Freizeit nicht genügend Personal zur Verfügung stehe, müssten die Feuerwehrleute zurzeit Mehrarbeit leisten. Die Mehrarbeit werde regelmäßig vergütet, da die Gewährung von Freizeitausgleich in absehbarer Zeit nicht möglich sei. Der überwiegende Anteil der erforderlichen einsatzbezogenen Mehrarbeit sei in der Regel planbar (z. B. Einsatz an Karneval oder Silvester). Die erforderliche Mehrarbeit in Verbindung mit unvorhersehbaren Einsätzen sei relativ selten und würde in der Regel Extremereignisse (z. B. Einsturz Stadtarchiv) bedingen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2014
3832/2014**

Top 6.2 wird zusammen mit TOP 6.3 erörtert.

Herr Detjen ist über die für die Darlehensaufnahme erforderliche Zinsaufwendung von 6 % p.a. verwundert. Diese sei zum damaligen Zeitpunkt sicherlich realistisch gewesen. Er erkundigt sich nach den Möglichkeiten einer Umschuldung.

Herr Neweling erörtert, dass es sich bei den genannten Zinsaufwendungen von 6 % p.a. nur um einen zur Kostenberechnung angesetzten Modellparameter, d. h. um einen konservativ geschätzten Wert handele. Tatsächlich werde der aktuelle Zinssatz von zurzeit etwa 1,5 % p.a. berücksichtigt und abgerechnet. Der hierdurch entstehende Vorteil werde zur Erhöhung der Tilgung genutzt.

Frau Dresler-Graf erkundigt sich, aus welchem Grunde das Berichtswesen für das 1. und 2. Quartal 2014 erst zum jetzigen Zeitpunkt vorgelegt werde.

Herr Neweling weist darauf hin, dass eine Berichterstattung in Abstimmung mit der Kämmerei jeweils halbjährlich erfolge. Das gelieferte Zahlenmaterial müsse zudem jeweils aufbereitet und in eine Mitteilung gefasst werden. Eine schnellere Berichterstattung sei vor diesem Hintergrund nicht möglich.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilungen zu TOP 6.2 und 6.3 zur Kenntnis.

6.3 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2014 3833/2014

Top 6.3 wird zusammen mit TOP 6.2 erörtert.

6.4 Einführung eines Vertragsmanagements für die Stadtverwaltung Köln Rechnungsprüfungsausschuss 13.03.2014, TOP 2.2 0652/2015

Frau Möller ist über die Mitteilung und die Vorbereitung eines Stadtvorstandbeschlusses erfreut.

Frau Dresler-Graf macht darauf aufmerksam, dass zunächst beabsichtigt worden sei, das Vertragsmanagementsystem mit mehreren „Piloten“ zu starten. Zumindest ein technisches Amt sollte neben dem Amt für Informationsverarbeitung beteiligt werden.

Herr Dr. Becker erläutert, dass das Rechts- und Versicherungsamt das Verfahren unter juristischen Aspekten begleite. Zudem werde auch die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln einbezogen und die Testreihe insofern ausgedehnt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

8 Anfragen

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

**9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 9.1
Anfrage von Frau Oedingen, Herrn Brust und Herrn Detjen
0167/2015**

TOP 9.1 wird zusammen mit TOP 9.2, 9.3 und 9.4 erörtert.

Frau Oedingen bedankt sich für die ausführliche und ausreichende Beantwortung ihrer Anfragen. Sie begrüßt, dass im Monatsbericht Februar die Steigerung der Kosten aufgrund des Baupreisindex nicht mehr beziffert sei.

Herr Detjen stellt eine Kostensteigerung von 1,6 Mio. Euro im Vergleich des Februarberichtes zum Januarbericht fest. Er bittet um Erläuterung und künftig entsprechende transparente Erwähnung in der Mitteilung.

Die Nachträge, die in ein Obligo überführt, d.h. die geprüft und tatsächlich anerkannt worden seien, würden lt. Ausführungen von Frau Rinnenburger in den Kostensteigerungen deutlich und auch künftig Bestandteil der Berichte sein. Für den zurückliegenden Zeitraum betrachtet seien durchschnittlich monatlich zwischen 700.000 und 1 Mio. Euro Nachträge geprüft. Aktuell ergebe die Prognose, dass die 10%-ige Kostenüberschreitung eingehalten werde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfragen zu TOP 9.1 und TOP 9.4 sowie die Mitteilungen zu Top 9.2 und 9.3 zur Kenntnis.

**9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht Januar 2015
0699/2015**

Top 9.2 wird zusammen mit TOP 9.1, 9.3 und 9.4 erörtert.

**9.3 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Monatsbericht Februar 2015
0728/2015**

TOP 9.3 wird zusammen mit TOP 9.1, 9.2 und 9.4 erörtert.

**9.4 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Rechnungsprüfungsausschusses 29.01.2015, TOP 9.1
Nachfrage von Frau Oedingen
0602/2015**

TOP 9.4 wird zusammen mit TOP 9.1, 9.2 und 9.3 erörtert.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

Dagmar Riemer
Schriftführerin